



Rostock, den 29. Dezember 2021

PRESSEMITTEILUNG

CDU/UFR: Grundsatzbeschluss zum Verkaufsverbot städtischer Flächen ist politisch verantwortungslos und kostet Arbeitsplätze

In einem heutigen Interview über die Entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat Oberbürgermeister Madsen mit Blick auf die wirtschaftliche Perspektive der Stadt den umstrittenen Bürgerschaftsbeschluss des Verkaufsverbotes städtischer Flächen und Liegenschaften als deutliches Hemmnis beschrieben. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der CDU/UFR-Fraktion in der Rostocker Bürgerschaft **Daniel Peters**:

„Seit dem verheerenden Beschluss der Bürgerschaft mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün und Rostocker Bund haben CDU und UFR immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die wirtschaftliche Entwicklung damit massiv behindert wird. Ein Verbot des Verkaufs von städtischen Flächen und Liegenschaften ist für Investoren unattraktiv. Nach unseren Informationen haben bereits 8 Unternehmen Rostock eine Absage erteilt oder ihre Erweiterungen nicht durchgeführt. Hier spielen einige mit der Zukunft unserer Stadt“, so Peters.

„Viele Unternehmen leiden unter der Pandemie, insbesondere die maritime Branche ist betroffen. Es stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Umso wichtiger ist es, denjenigen Unternehmen entgegenzukommen, die in Rostock investieren wollen und können. Das Festhalten an diesem Grundsatzbeschluss durch SPD, Linke und Grüne ist politisch verantwortungslos und wird nachhaltige Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern. Ein Umdenken der linken Mehrheit in der Bürgerschaft zu diesem wirtschaftsfeindlichen Beschluss ist mehr als geboten“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/UFR, **Dr. Helmut Schmidt**.